
Ein chinesisches Jahrhundert?

Hannes Androsch und Bernhard Ecker

Im alten China anerkannten die Länder, die mit dem Kaiserhof in Kontakt traten, dessen Überlegenheit durch Tributzahlungen. Einmal im Jahr entsandten sie Karawanen und legten dem Kaiser typische Waren zu Füßen. Für die Gesandten war der dreifache Kotau vor dem Herrscher Pflicht. Die Gegengeschenke waren oft ein Vielfaches der Tributeleistungen wert, womit der Kaiser demonstrierte, dass es ihm nicht um Handelspolitik, sondern um eine Demonstration seines Reichtums ging.

Rund um das »Belt and Road Forum for International Cooperation« Mitte Mai 2017 in Beijing fühlte man sich unwillkürlich an solche historische Szenarien erinnert. Die Liste der Staatschefs, die mit schmeichelnden Worten dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping die Aufwartung machten, war lang: Russlands Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdoğan aus der Türkei, der Grieche Alexis Tsipras oder der – inzwischen zurückgetretene – pakistanische Premier Nawaz Sharif.

Es gibt zwar keinen Kotau mehr, allzu deutliche Unterwürfigkeits- und Überlegenheitsgesten sind auf dem internationalen Parkett generell verpönt. Doch an Xis Initiative für eine Neue Seidenstraße – One Belt, One Road (Obor) – kann niemand vorbei, der von den mehrere hundert Milliarden Dollar umfassenden Investitionen profitieren will. Die maritime Seidenstraße reicht bis an die Ostküste Afrikas und den Persischen Golf, über den Suezkanal geht sie bis in den Hafen von Piräus oder bis nach Venedig. Die terrestrische Seidenstraße folgt auf dem Landweg der alten Seidenstraße über Zentralasien und Russland bis nach Zentral- und Westeuropa, von dem »Binnenhafen« Khotan bis nach Katar. Sie soll bis nach Belgrad, Budapest und Prag, also nach Mitteleuropa, reichen, als Binnenhub sogar bis ins deutsche Duisburg.

64 Länder sind derzeit mit China in Obor involviert, Leitprojekte sind zum Beispiel der ökonomische Korridor zwischen China und Pakistan, die 3.000 Kilometer lange Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung zwischen China und Singapur und Erdgas-Pipelines in Zentralasien.

Kurzum: Ober ist eine gigantische Wirtschaftskooperation unter chinesischer Führung. Und auch im Binnenland schlägt sich die Initiative in einer Vielzahl von Projekten nieder. Dazu gehört unter anderem die Yangtse River Economic Belt Initiative, die von Chongqing bis Shanghai reichen und elf Provinzen erfassen wird. Diese Initiative wird durch sieben neue Freihandelszonen, darunter eine in Chongqing, ergänzt. Chongqing ist dann der Anknüpfungspunkt an die terrestrische Seidenstraße.

Ein neues »Reich der Mitte«

Das Signal an die Welt ist eindeutig. Nach dem wirtschaftlichen Abstieg des Kaiserreichs ab dem 18. Jahrhundert, nach der zwangsweisen Öffnung von außen im Zuge der Opiumkriege¹ und dem folgenden »Jahrhundert der Demütigung«, nach den wirtschaftlichen und politischen Katastrophen in den ersten Jahrzehnten der von Mao Zedong gegründeten Volksrepublik ist China heute vom Rand wieder ins Zentrum gerückt: ein neues »Reich der Mitte«.

1978, am Beginn des Öffnungsprozesses Richtung Westen, hatte Deng Xiaoping einer österreichischen China-Delegation geantwortet, die ihn für die große Brücke über den Yangtse in Nanjing lobte: »Man hat Ihnen in China das Moderne gezeigt, aber nicht das viele Rückschrittliche. Altes gibt es viel, Neues nur wenig.«² Diese Periode der Selbstbescheidung und des strategischen Eingeständnisses der eigenen Untlegenheit ist nun definitiv vorbei. In der sich formierenden, neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts ist das 1,3-Milliarden-Einwohnerland ein fixer Pol.

Nicht alle Reformpläne sind in Xis erster Amtszeit, die im Herbst 2017 endet, umgesetzt worden. Doch das Land ist auf einem guten Weg, sein primär von Export und Nachahmung sowie ausländischen Investitionen geprägtes Wirtschaftsmodell auf eines umzustellen, das vom Binnenkonsum und von eigenen Erfindungen getragen wird. Beim bisherigen Modell als »Werkstatt der Welt« hat China hohe Weltmarktanteile erreicht, etwa bei Stahl 50 Prozent, bei Mobiltelefonen 90 Prozent, bei Computern 80 Prozent. Nun aber will man von der Imitation zur Innovation als Schlüssel für die Zukunft gelangen.

Das Motto dazu lautet »Made in China 2025«. Unter diesem Titel will man eine hochtechnologische wirtschaftliche Supermacht mit Weltmarktführern werden. Vorbilder dafür sind US-Firmen wie Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft und Intel. Beispiele für Hightechfirmen aus China mit einer starken globalen Position gibt es schon heute: den Suchmaschinen-Betreiber Baidu, die Telekommunikationsausrüster Huawei und ZTE, den Social-Media-Spezialist Tencent, die Handelsplattform Alibaba oder die Drohnenfirma DJI.

Die Strategie zielt darauf ab, hochentwickelte Technologien global einzukaufen und im eigenen Land zu hochwertigen, international wettbewerbsfähigen Massenprodukten weiterzuentwickeln. Zehn industrielle Schwerpunktbereiche sind definiert worden, in denen diese Innovationsdynamik zum Tragen kommen soll. Zu diesen gehören u.a. die nächste Informationstechnologie-Generation, computergesteuerte Maschinen, Elektrofahrzeuge, medizinische Geräte, Landwirtschaftsmaschinen, Biopharmazeutika sowie Hightech-Ausrüstung für Raumfahrt-, See- und Schienenverkehr. Bei der Umsetzung sollen chinesische Firmen gegenüber ausländischen Vorrang haben. Dies aber ist Ausdruck von ökonomischem Nationalismus und würde mehr dem Trump'schen »America first« entsprechen, somit den Erklärungen von Präsident

Xi Jinping in Davos im Jänner 2017 widersprechen. Dort hatte er sich als Verteidiger des Freihandels und einer auf multilateralen Verpflichtungen basierenden Weltordnung präsentiert. Den drohenden Protektionismus verglich er mit einem dunklen Raum, in dem man »geschützt vor Wind und Regen, aber eben auch isoliert von Luft und Licht« sei.

Es bleibt abzuwarten, was Rhetorik ist – und wie die Praxis gelebt wird.

Vormarsch des »chinesischen Modells«

Mit Obor ist jedenfalls auch der Anspruch, große Teile der Welt wirtschaftlich zu führen, explizit geworden. Institutionell ist dieser Anspruch mit der Gründung eines Gegenstücks zur US-dominierten Weltbank, der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB), besiegelt. Die AIIB hat u.a. einen eigenen Seidenstraßenfonds aufgelegt. Dass der amerikanische Präsident Donald Trump das geplante transpazifische Handelsabkommen Transpacific Partnership (TPP) auf Eis gelegt hat, eröffnet China überdies die Chance, durch eigene Abkommen den Einflussbereich vor der Haustür handelspolitisch auszuweiten. Die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) soll Staaten mit zusammen mehr als drei Milliarden Menschen umfassen. Noch 2017 könnte der Partnerschaftsvertrag unterzeichnet werden.

Das Überraschendste ist das bisherige Agieren der chinesischen Staatsführung seit dem Amtsantritt Trumps. In einem Telefonat mit der Präsidentin Taiwans hatte Trump noch vor seinem Amtsantritt die Ein-China-Politik, Grundlage der unter Deng restaurierten US-chinesischen Beziehungen, in Frage gestellt. US-Außenminister Rex Tillerson spricht rund um die chinesische, als unfair gebrandmarkte Handelspolitik, die Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer und den Umgang mit Nordkorea kontinuierlich von Konfliktszenarien zwischen den zwei größten Volkswirtschaften der Welt.

Doch Xi hat sich bisher nicht provozieren lassen und zunächst einmal die Rolle besetzt, die die USA unter Trump nicht mehr zu spielen gewillt sind. Trumps Präsidentschaft könnte deshalb für Xi politisch das sein, was in der Ökonomie »windfall profit« genannt wird: ein Gewinn, der einem in den Schoß fällt. Kommen nun tatsächlich noch die zahlreichen Obor-Projekte wie geplant auf Schiene und gelingt das RCEP-Abkommen, ist China auf bestem Weg, seinen geopolitischen und geoökonomischen Einfluss über die eurasischen Handelskorridore noch einmal entschieden bis nach Europa und Afrika auszuweiten.

Das »chinesische Modell« könnte so auch in anderen Weltregionen attraktiver werden, schreibt Bernhard Zand im »Spiegel«: »Indem es Eisenbahnen auf dem Balkan, Wolkenkratzer in Nordafrika und Kraftwerke in Angola baut (...), wirbt China bis an Europas Grenzen für das Modell der Entwicklungsdiktatur, der es den eigenen Aufstieg verdankt, bis weit nach Afrika hinein.«³

Folgt der Pax Americana, die ihrerseits die Pax Britannica abgelöst hat, nun eine Pax Sinica – eine von chinesischer Hegemonie geprägte Welt- und Friedensordnung?⁴

Außenpolitische Konfliktherde

Der ökonomische Expansionsdrang stößt außerhalb Chinas auch auf Widerstand, zum Beispiel in Indien. Der geplante ökonomische Korridor zwischen China und

Pakistan im Rahmen der Obor-Initiative ist dem Land, das China in absehbarer Zeit als bevölkerungsreichstes Land überholt haben wird, ein Dorn im Auge. Der indische Premierminister Narendra Modi hat deshalb die Einladung zum »Belt and Road Forum for International Cooperation« im Mai 2017 nicht angenommen.

Indien verfügt zwar nur über ein Drittel der Fläche, hat aber die deutlich jüngere und bald auch größere Bevölkerung. Während für China die Gefahr droht, dass es alt geworden ist, bevor es reich geworden ist, gilt das nicht für den Subkontinent. Wirtschaftlich erzielt Indien derzeit mit 2.200 Dollar pro Kopf nur ein Sechstel der Leistung Chinas – 1978 waren die beiden Länder noch gleich auf -, doch die Wachstumsaussichten sind deutlich günstiger.

Die friedliche Koexistenz mit den Nachbarländern, von der Xi spricht, ist eine Absichtserklärung und noch kein Faktum. Die möglichen außenpolitischen Konfliktherde sind vielfältig. Kein Staat hat mehr direkte Nachbarländer als die Volksrepublik: Es sind 14, darunter neben Indien auch Pakistan, Japan und Russland mit der längsten Grenze. Die USA haben dagegen nur zwei.

Vor diesem Hintergrund ist der Versuch Chinas zu bewerten, sich mit der so genannten Neun-Striche-Linie im Südchinesischen Meer eine Art Sicherheitszone zu schaffen, auch wenn diese internationalem Seerecht widerspricht. Dieses Bestreben wurde auch als »chinesische Monroe-Doktrin« bezeichnet: So wie die USA den Europäern im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts signalisiert hatten, die Finger von Mittel- und Südamerika zu lassen, lässt Xi keinen Zweifel daran, dass im Südchinesischen Meer amerikanische Einmischung unerwünscht ist.

Der Harvard-Politologe Graham Allison hat in seinem Buch »Destined for War⁵ in der Geschichte 14 sogenannte »Thukydidesfallen« identifiziert, benannt nach dem griechischen, im fünften vorchristlichen Jahrhundert schreibenden Chronisten des Peloponnesischen Krieges zwischen Sparta und dem aufstrebenden Athen. In zehn dieser 14 Fälle sei die Bedrohung der bestehenden Macht durch eine neue kriegerisch ausgelöst worden. Ein solches Szenario ist für das Verhältnis zwischen den USA und China nicht unausweichlich, aber auch nicht unwahrscheinlich, schreibt Allison. Durch Nordkorea könnte man leicht in eine solche Situation schlittern.

Wachstumsbremsen

Dass das 21. Jahrhundert vom neuen »Reich der Mitte« dominiert werden wird, ist auch aus anderen Gründen noch keineswegs ausgemacht⁶. Im Bereich der Soft Power, von Hollywood bis Jeans, sind die USA global nach wie vor haushoch überlegen.⁷ Mit Apple, Facebook, Google & Co. kommen die innovativsten Unternehmen des digitalen Kapitalismus nach wie vor aus dem Silicon Valley, sowohl bei Spitzenuniversitäten als auch beim Militär ist der Vorsprung riesig. Dem Kaufrausch chinesischer Unternehmen im Westen, um den Aufholprozess zu beschleunigen, werden zusehends politische Schranken gesetzt. Nach der erfolgreichen Übernahme des deutschen Roboterbauers Kuka durch den chinesischen Midea-Konzern verhinderte zum Beispiel die deutsche Bundesregierung Ende 2016 einen weiteren signifikanten Deal im Hochtechnologiebereich, den Einstieg einer chinesischen Investorengruppe beim Spezialmaschinen-Bauer Aixtron.

Auch die Entwicklung im Inneren wirft nach Jahrzehnten rasanter Transformation große Fragezeichen auf. Die umfassenden Umweltprobleme und die extrem ungerech-

te Verteilung von Vermögen und Einkommen⁸ bergen das Risiko sozialer und politischer Eruptionen. »Der Respekt vor der Staatsführung schwindet mit jedem Lebensmittelskandal, mit jedem Tag, an dem die Einwohner der Hauptstadt um ihre Atemwege bangen, mit jedem Korruptionsfall«, schreibt der China-Kenner Jonathan Fenby⁹.

Der fulminante wirtschaftliche Aufstieg und der daraus resultierende geopolitische Bedeutungsgewinn war eine Folge der Reformen von Deng Xiaoping. Für die Erreichung des Ziels, das Wirtschaftsmodell von exportorientierter Imitation mit Auslandskapital auf ein binnenwirtschaftlich orientiertes Innovationssystem umzustellen, wird es weiter wachsender Freiräume bedürfen. Zu diesen gehört der freie offene Austausch von Ideen und Informationen über alle Themen, wie auch die Einhaltung der international vereinbarten Grundregeln. Allerdings muss das für alle Player im Gefüge der geopolitischen Multipolarität Gültigkeit haben, daher darf es weder die Dominanz eines Poles noch die Doppelmoral irgendeines anderen Poles geben.

Die chinesische Staatsführung hat insbesondere nach Tiananmen 1989 damit argumentiert, dass die Verbesserung des Wohlstands und der Lebensqualität der Bevölkerung Vorrang vor den Freiheitsrechten Einzelner hat¹⁰. Diese Argumentation könnte zusehends unter Druck kommen.

Die für die 1990er und 2000er Jahre typischen zweistelligen Wachstumsraten sind zuletzt deutlich zurückgegangen, sie haben sich nahezu halbiert. Zunehmend konnten selbst diese nur noch durch massive staatliche Ausgaben in die Infrastruktur erreicht werden. Allerdings mit abnehmendem Grenznutzen: Konnte 2005 mit einem zusätzlichen Yuan noch ein Yuan zusätzlicher Wirtschaftsleistung erzielt werden, ist inzwischen die Wirkung auf 0,4 Yuan zurückgegangen.

Die Jahrzehnte, in denen es verhältnismäßig einfach war, schnelles Wachstum zu erzielen, neigen sich dem Ende zu. Der demografische Bonus – das Zeitfenster, in dem die erwerbsfähige Bevölkerung zunimmt und zugleich die Zahl derer, die versorgt werden, vergleichsweise niedrig ist – wurde bereits aufgebraucht. Auch die Zeit massiver Investitionen in die lange vernachlässigte Infrastruktur ist vorbei.

Die rasant steigende Privatverschuldung macht der Staatsführung zusehends Kopfzerbrechen. 2016 betrug der Anteil von privaten Immobilienkrediten an den verfügbaren Haushaltseinkommen 16,9 Prozent. Zwei Jahre davor waren es erst sechs Prozent gewesen.¹¹

Die angekündigten Reformen wurden, wie bereits erwähnt, nur unvollständig umgesetzt. Dies betrifft vor allem die 150.000 Staatskonzerne, von denen die Hälfte Verluste schreibt. In vielen Bereichen wie Stahl, Zement, Aluminium oder Solarzellen sind riesige Überkapazitäten entstanden. Diese Politik hat bereits einen Anstieg der Verschuldung auf 300 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Folge.

Diesen Zielsetzungen musste sich das Bankwesen – vor allem die vier größten in Staatsbesitz befindlichen Banken – unterordnen. Dabei blieb wenig Raum für die Finanzierung anderer Wirtschaftsaktivitäten, sodass ein gewaltiger Bereich von Schattenbanken entstanden ist. Mit einer Finanzreform will man hier eine Bereinigung herbeiführen. Diese Umstände hindern aber die chinesische Landeswährung, eine Welthandels- und Weltreservewährung zu werden. Das ist ein Beispiel für das monetäre Trilemma, nicht gleichzeitig freie Wechselkurse, freien Kapitalverkehr und autonome Geldpolitik verfolgen zu können (Mundell-Fleming).

Daran kann auch die Aufnahme in den Währungskorb des IMF nichts ändern, auch wenn die Währungsreserven Chinas bis vor Kurzem auf 4.000 Milliarden USD angewachsen waren, aber inzwischen wieder auf 1.000 Milliarden USD abgeflossen sind, obwohl es keinen freien Kapitalverkehr gibt.

Spekulationen über Xis dritte Amtszeit

Vieles spricht dafür, dass Xi die Zeitspanne, um Chinas neue geopolitische und geoökonomische Rolle zu fixieren und die internen Probleme zu lösen, für länger einschätzt, als ihm Amtszeit zur Verfügung steht. Er wird nach seiner zweiten fünfjährigen Periode, deren Fixierung am 19. Parteitag der Kommunistischen Partei im Herbst wohl eine Formsache ist, im Jahr 2022 68 Jahre alt sein – das ist gleichzeitig die 2002 eingeführte Altersobergrenze für die Spitzen der Partei.

Mit Spannung werden deshalb die weiteren Personal- und Strategiefragen auf dem Parteitag beobachtet werden. Als möglicher neuer Premier wird derzeit neben Amtsinhaber Li Keqiang auch Xis engster Vertrauter gehandelt: Wang Qishan¹². Er ist Vorsitzender der mächtigen Disziplinarkommission, Anti-Korruptionsschef und Wirtschaftsspezialist. Wang ist bereits 69 Jahre alt. Sollte er zumindest als Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses im Politkomitee verlängert werden, könnte das auch eine Weichenstellung für Xi selbst sein. Eine dritte Amtszeit würde ihn definitiv zum wichtigsten Staatschef Chinas seit Deng machen. Schon jetzt lautet die offizielle Parole: »Mao ließ die Nation auferstehen. Deng machte sie reich, Xi wird sie wieder stark machen.«

Standards hat er jedenfalls schon gesetzt, als er im April 2017 erstmals Donald Trump in den USA besuchte. Drei Modemarken von Trumps Tochter Ivanka Trump erhielten am selben Tag die wichtige Zulassung für den chinesischen Markt¹³. Der US-Präsident ist seit dieser ersten Begegnung mit Xi deutlich versöhnlicher in seinen Wortmeldungen über den wirtschaftlichen Herausforderer Nummer eins. Auf der globalen Weltbühne des 21. Jahrhunderts stellt sich das komplexe Spiel von Tributen und Gegengeschenken deutlich komplexer dar als im kaiserlichen China.

Literaturverzeichnis:

Graham Allison: Destined for War. Can America and China Escape Thucydides's Trap?, Boston 2017.

Hannes Androsch: Epilog, in: Hannes Androsch, Bernhard Ecker, Heinz Fischer (Hg.): 1848 – 1918 – 2018. 8 Wendepunkte der Geschichte, Wien 2017 (erscheint im Oktober).

Bernhard Ecker: Der Vertrag von Nanjing, in: Hannes Androsch, Bernhard Ecker, Manfred Matzka (Hg.): 1814 – 1914 – 2014. 14 Ereignisse, die die Welt verändert haben, Wien 2014.

Jonathan Fenby: Will China Dominate the 21st Century?, Cambridge 2017

Benjamin Haas: Ivanka Trump brand secures China trademarks on day US president met Xi Jinping, in: The Guardian, Ausgabe vom 19. April 2017.

Gerd Kaminski: Von Österreichern und anderen Chinesen, Wien 2011.

Parag Khanna: Connectography. Mapping the Future of Global Civilization, New York 2016.

Katrin Kinzelbach: Weißbuch Menschenrechte in China. In: Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert, Dezember 2015, abgerufen am 24. August 2017.

Henry Kissinger: China. Zwischen Tradition und Herausforderung, München 2011.

Felix Lee: Macht und Moderne. Chinas großer Reformier, Berlin 2014.

Tom Mitchell, Gabriel Wildau, Henny Sender: Wang Qishan: China's Enforcer, in: Financial Times, Ausgabe vom 24. Juli 2017.

Stephan Scheuer: Gefährliches Leben auf Pump, Handelsblatt, Ausgabe vom 11. August 2017.

Ezra F. Vogel: Deng Xiaoping and the Transformation of China, Cambridge/Massachusetts, London/England 2011.

Bernhard Zand: Neue Mitte, in: Der Spiegel 27/2017, S. 92/93.

Anmerkungen

¹ siehe Ecker (2014)

² Kaminski (2011), S. 204f.

³ Zand (2017)

⁴ siehe dazu auch Khanna (2016)

⁵ Allison (2017)

⁶ Androsch (2017)

⁷ Fenby (2017)

⁸ Lee 2014, S. 267

⁹ Fenby (2017), S. 116

¹⁰ Vgl. Kinzelbach 2015

¹¹ Scheuer (2017)

¹² Mitchell/Wildau/Sender (2017)

¹³ Haas (2017)